



# AKTUELLES ZUM INTERNATIONALEN WÄHRUNGSFONDS

## WICHTIGSTE GESCHÄFTE

### JAHRESTAGUNG 2019 IWF UND WELTBANK

Als Schweizer Delegationsleiter an den Tagungen von IWF und Weltbank hat Bundespräsident Maurer die Schweizer Stimmrechtsgruppe im ministeriellen Steuerungsausschuss des IWF (IMFC) vertreten. Unter dem Vorsitz von Lesetja Kganyago, Gouverneur der südafrikanischen Zentralbank, war die Diskussion des IMFC geprägt von der zunehmend schwächeren weltwirtschaftlichen Lage sowie den Unsicherheiten, die vom Handelskonflikt zwischen den USA und China ausgehen. Auch steht die globale Wirtschaftspolitik weiterhin unter dem Zeichen einer sehr lockeren Geldpolitik der wichtigsten Zentralbanken.

Die IMFC-Mitglieder bekräftigten ihr Bekenntnis zum Multilateralismus, einschliesslich der Wahrung und Modernisierung eines offenen und regelbasierten multilateralen Handelssystems. Sie unterstützten die Empfehlungen des IWF, Geld- und Haushaltspolitik sowie makroprudenzielle Massnahmen wo möglich und nötig einzusetzen und durch Strukturreformen nachhaltiges Wachstum zu fördern. Schliesslich sprachen sie sich auch deutlich für Massnahmen gegen den Klimawandel aus.

Eine grundsätzliche Einigung wurde erzielt, die gegenwärtige IWF-Mittelausstattung in etwa beizubehalten, diese jedoch umzuschichten. Die Mittel aus den bilateralen Kreditlinien sollen dabei teilweise in die Neue Kreditvereinbarungen (NKV) übertragen werden. Hierfür haben sich in Washington die IMFC-Mitglieder, wie auch die NKV-Mitglieder, im Grundsatz auf eine Verdoppelung der NKV-Ressourcen geeinigt. Die Diskussion zur Verlängerung der reduzierten bilateralen Kreditlinien steht dahingegen noch aus (vgl. auch unten zur Währungshilfe der Schweiz).

Bundespräsident Maurer hat den Entscheid im Grundsatz mitgetragen. Er hat insbesondere festgehalten, dass die Schweiz die gegenwärtige Mittelausstattung für angemessen hält. Die Schweiz hat unter Vorbehalt der Genehmigung durch die eidgenössischen Räte die Verdoppelung der NKV unterstützt. Unter der Annahme, dass auch die bilateralen Kreditlinien verlängert werden, aber in reduziertem Umfang, würden die heutige Mittelausstattung des IWF insgesamt und das finanzielle Engagement der Schweiz in etwa beibehalten.

Siehe auch das [Communiqué des IMFC vom 19. Oktober 2019](#) sowie das [IMFC Statement von Bundespräsident Ueli Maurer](#).

### ERNENNUNG VON KRISTALINA GEORGIEVA

Am 1. Oktober hat [Kristalina Georgieva](#) ihr Amt als neue Geschäftsführende Direktorin des IWF angetreten. Sie löste damit Christine Lagarde ab, welche diese Funktion seit 2011 innehatte und diesen Sommer zur EZB-Präsidentin ernannt wurde.

Frau Georgieva war zuvor Generaldirektorin bei der Weltbank und bringt damit eine umfassende Kenntnis der Internationalen Finanzinstitutionen, eine breitabgestützte Erfahrung und ein starkes globales Netzwerk mit in ihre neue Rolle ein.

**Die Schweiz** hat gemeinsam mit den Ländern ihrer Stimmrechtsgruppe die Wahl von Frau Georgieva unterstützt. Die renommierte Ökonomin, ehemalige EU-Kommissarin und gebürtige Bulgarin hat exzellente Kenntnisse der Bretton-Woods-Institutionen und der vielfältigen Entwicklungs Herausforderungen der Mitgliedsstaaten und spezifisch auch der Länder der Stimmrechtsgruppe.

## IWF-LÄNDER- UND - FINANZSEKTOREXAMEN SCHWEIZ

Am 17. Juni schloss der IWF-Exekutivrat das jährliche Artikel-IV-Länderexamen sowie die umfassende Finanzsektorprüfung der Schweiz im Rahmen des *Financial Sector Assessment Program* (FSAP) ab. Über die vorläufigen Feststellungen dieser Prüfungen wurde bereits in der Maiausgabe von «[Aktuelles zum IWF](#)» berichtet.

Der IWF-Exekutivrat begrüßte die gute Wirtschaftsleistung und die solide Wirtschaftspolitik der Schweiz. Er beurteilte die Geldpolitik als angemessen, begrüßte den Abbau der Staatsschulden und anerkannte den positiven Beitrag der Schuldenbremse. Einige Direktoren waren der Ansicht, der Policy-Mix sollte stärker auf die Finanzpolitik ausgerichtet sein.

Der IWF-Exekutivrat begrüßte den Bericht zum FSAP-Examen und befürwortete die enthaltenen Empfehlungen. Er würdigte, dass in den letzten Jahren die Widerstandsfähigkeit des Finanzplatzes gestärkt und bedeutende Reformen umgesetzt wurden. Gleichzeitig betonte er die Bedeutung kontinuierlicher Anstrengungen zur Stärkung der Finanzstabilität. Insbesondere legten die IWF-Direktoren nahe, möglichen Risiken auf den Immobilien- und Hypothekarmärkten zu begegnen. Darüber hinaus wurde etwa empfohlen, die FINMA als autonome Aufsichtsbehörde zu stärken und das System der Einlagensicherung zu reformieren.

**Die Schweiz** schätzt die Analyse des IWF und den Austausch mit der IWF-Delegation. Sie betonte im IWF-Exekutivrat die Angemessenheit des Policy-Mixes angesichts der externen Herausforderungen und der Rolle des Schweizerfrankens als sicherer Hafen. Sie hob hervor, dass die Schuldenbremse wesentlich zur Widerstandsfähigkeit der Wirtschaft beiträgt und gleichzeitig ausreichend finanzpolitischen Spielraum bietet. Die Schweiz begrüßte überdies die Würdigung ihrer Fortschritte bei der Stärkung der Finanzstabilität. Sie hielt fest, dass die Behörden die Risiken im Immobilien- und Hypothekarsektor fortwährend verfolgen und beurteilen. Auch prüften sie, ob mögliche weitere Massnahmen nötig seien. Zudem würden laufende Reformanstrengungen im Finanzbereich fortgesetzt.

Siehe auch [die Medienmitteilung des IWF vom 17. Juni](#) sowie [weitere Informationen zur Schweiz](#) im IWF.

## IEO-BERICHT ZU UNKONVENTIONELLER

Das Unabhängige Evaluationsbüro des IWF (IEO) publizierte im Juni seinen Bericht über die Arbeiten des IWF zu unkonventio-



## GELDPOLITIK

ner Geldpolitik. Das IEO würdigt Engagement und Rolle des IWF bei der Prüfung von Kosten und den Nutzen dieser Politiken und empfiehlt den weiteren Aufbau von IWF-interner Expertise sowie die Vertiefung der Arbeiten zu möglichen Auswirkungen. Dazu soll die respektive Rolle von Haushalts- und Geldpolitik bei der wirtschaftlichen Stabilisierung sowie die Rolle der Geldpolitik und makroprudenzieller Instrumente zur Erhaltung der Finanzstabilität geprüft werden.

**Die Schweiz** unterstützt die Arbeiten des IEO als wichtigen Pfeiler zur Sicherstellung einer guten und transparenten Geschäftsführung des IWF und dessen Fokus auf sein Kernmandat. Die Rechenschaftspflicht gegenüber dem IEO stärkt so auch die Glaubwürdigkeit der IWF Arbeiten.

Siehe auch [IEO-Bericht: IMF Advice on Unconventional Monetary Policies](#) und [die Stellungnahme des IWF zum Bericht](#).

## IWF-BERICHT ZUM AUSSENWIRTSCHAFTSSEKTOR

Der IWF erstellt jährlich den sog. *External Sector Report* zu den globalen Ungleichgewichten im Zusammenhang mit Handels- und Finanzflüssen. Übermässige Ungleichgewichte entstehen insbesondere durch mangelnde Strukturreformen oder verfehlte Wirtschaftspolitik – darunter auch Währungsmanipulationen. Im jüngsten Bericht stellt der IWF fest, dass gut ein Drittel der weltweiten Leistungsbilanzdefizite und -überschüsse als übermässig und damit als Stabilitätsrisiko taxiert werden müssen. Zu hohe Defizite weisen gemäss Analyse des IWF insbesondere die USA, das Vereinigte Königreich, Argentinien und Indonesien auf. Zu hohe Überschüsse verzeichnet der IWF u. a. in Deutschland und den Niederlanden. Die Schweiz weist zwar einen sehr hohen Leistungsbilanzüberschuss aus, der aber gemäss IWF durch die Struktur der Schweizer Aussenwirtschaft weitestgehend gerechtfertigt ist. Der IWF empfiehlt der Schweiz insbesondere eine (strukturell) ausgeglichene Haushaltspolitik.

**Die Schweiz** begrüsst die Einschätzung des IWF als sachliche Analyse auch der Gründe für den Schweizer Leistungsbilanzüberschuss, bei dem u. a. statistische Verzerrungen und der Einfluss der Demographie berücksichtigt werden.

Siehe auch [Publikation des 2019 External Sector Report vom Juli 2019](#).

## WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNGEN UND AUSSICHTEN FÜR EINKOMMENSCHWACHE LÄNDER

Der IWF hat seinen jährlichen Bericht über die wirtschaftliche Lage in einkommensschwachen Entwicklungsländern (LIDC) veröffentlicht. Die allgemeine Tendenz zur Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage hat sich seit letztem Jahr insbesondere dank der Erholung der Rohstoffpreise etwas abgeschwächt. Das verlangsamte Wachstum der Staatsschulden in den LIDC unabhängig von der Weltkonjunktur ist ermutigend, aber nicht ausreichend. In einigen Ländern wurde eine deutliche Verbesserung des Geschäftsklimas sowie der Produktivität, der öffentlichen Infrastruktur und beim Zugang zu Bildung und Finanzierung festgestellt. Die Geldtransfers in LIDC setzen ihren Aufwärtstrend fort, während sich bei den Kosten ein klarer Rückgang abzeichnet. Insgesamt stellt der IWF zunehmende



Heterogenität zwischen «Frontiermärkten» und «fragilen Staaten» fest.

**Die Schweiz** begrüsst die Fortschritte, betont aber, dass die meisten LIDCs aufgrund der Unsicherheiten beim Welthandel, den Spannungen im Finanzsektor und der Gefahren grosser Naturkatastrophen weiterhin mit zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten konfrontiert ist. Auch bleiben die meisten LIDC rohstoffabhängig. Während einige LIDC eigene Finanzsysteme aufgebaut und den Zugang zu den internationalen Finanzmärkten deutlich verbessert haben, ist der finanzpolitische Spielraum in vielen anderen Ländern nach wie vor nicht ausreichend, um eine nachhaltige Entwicklungspolitik zu finanzieren.

Siehe auch [die Informationen zu den LIDC](#) im IWF.

## FINANZIELLES ENGAGEMENT DES IWF

In 20 Ländern laufen derzeit Kreditprogramme des IWF, die über die allgemeinen IWF-Ressourcen finanziert werden. Hierzu gehören z. B. die Programme zugunsten von Argentinien und der Ukraine. Ferner sind die Versicherungslinien zugunsten von Mexiko, Kolumbien und Marokko Teil dieses Engagements von insgesamt rund USD 158 Mrd.

Über den Treuhandfonds für Armutsbekämpfung und Wachstum (PRGT) führt der IWF gegenwärtig Programme in 18 der ärmsten Länder durch. Die entsprechenden Kredite werden aus einem speziellen Treuhandfonds bereitgestellt und sind bis Juni 2021 zinsbefreit.

Die jeweils aktuelle Aufstellung der IWF-Mittelausstattung und der laufenden Kreditprogramme ist unter [IMF Financial Activities](#) zu finden.

Es folgt eine kurze Berichterstattung über die Entwicklungen in einigen ausgewählten Länderprogrammen:

### ARGENTINIEN

Seit Juni 2018 unterstützt ein IWF-Programm die argentinischen Behörden bei der Umsetzung wichtiger Reformen. Seit einer Aufstockung im Oktober 2018 beinhaltet dieses IWF-Programm Kredite im Gesamtumfang von maximal rund USD 55 Mrd. Trotz einer gewissen Stabilisierung und einer insgesamt zufriedenstellenden Programmumsetzung bis Mitte Juli 2019 blieb die Wirtschaftslage Argentiniens angespannt.

Anfang August 2019 geriet Argentinien wegen der Aussicht auf einen möglichen wirtschaftspolitischen Kurswechsel nach den Wahlen von Ende Oktober erneut massiv unter Druck an den Finanzmärkten, mit erheblichen Kursverlusten bei argentinischen Wertpapieren und beim Peso sowie negativen Auswirkungen auf Konjunktur, Inflation und Fremdwährungsreserven. Ende August unternahm Argentinien Schritte hin zu einer Laufzeiterstreckung für Staatsschuldtitle im Wert von ca. USD 60 Mrd. Anfang September führte Argentinien überdies Kapitalverkehrskontrollen ein. Ende Oktober gewann schliesslich die Opposition um Spitzenkandidat Fernandez die Wahlen. Die für Ende September geplante Überprüfung der Programmumset-



zung konnte bisher nicht absolviert werden.

**Die Schweiz** hat das IWF-Programm Argentiniens bislang unterstützt und angesichts der Risiken stets die Bedeutung von dessen konsequenter Umsetzung hervorgehoben. Die Schweiz betont weiterhin die Notwendigkeit fortgesetzter Reformen, um eine Stabilisierung und nachhaltige Stärkung der argentinischen Volkswirtschaft zu ermöglichen.

Siehe auch [die Medienmitteilung des IWF vom 12. Juli 2019](#) und [weitere Informationen zu Argentinien](#) im IWF.

## MEXIKO

Im Länderexamen 2019 betonte der IWF die guten Rahmenbedingungen in Mexiko. Die Aussenschuld des Landes ist moderat, die Reserven sind ausreichend und die Behörden sehr kooperativ. Insbesondere wurden die Bemühungen zur Konsolidierung der Finanzen begrüsst. Dadurch konnte die Widerstandsfähigkeit der mexikanischen Wirtschaft trotz zunehmender externer Risiken gestärkt werden. Der IWF-Exekutivrat bewilligte anschliessend eine erneuerte *Flexible Credit Line* FCL (vorsorgliche Kreditlinie für solide Länder) von rund USD 60 Mrd. über zwei Jahre. Damit erfüllen die mexikanischen Behörden den Plan, die vorsorgliche Kreditlinie zu reduzieren (von USD 75 Mrd. oder 600 % der Quote auf 500 %).

**Die Schweiz** hat die bisherige konsequente und stabilitätsorientierte Wirtschaftspolitik unter der FCL begrüsst und ermuntert Mexiko dazu, diese auch dezidiert weiterzuführen. Sie begrüsst die Reduktion der FCL als weiteren Schritt in Richtung eines Ausstiegs.

Siehe auch die Medienmitteilungen des IWF [vom 5. November 2019](#) und [vom 25. November 2019](#) sowie [weitere Informationen zu Mexiko](#) im IWF.

## PAKISTAN

Der IWF-Exekutivrat bewilligte im Juli ein Kreditprogramm für Pakistan über USD 6 Mrd. mit einer 39-monatigen Laufzeit. Davon wurden USD 1 Mrd. sofort ausbezahlt. Grosse Haushaltsdefizite, eine lockere Geldpolitik und die Verteidigung eines überbewerteten Wechselkurses haben zu einer hohen Staatsverschuldung, Inflation, sowie einem erheblichen Rückgang der Fremdwährungsreserven geführt. Das Programm soll die Behörden bei ihren Vorhaben unterstützen, die Wirtschaft zu stabilisieren und die Grundlagen für nachhaltiges Wachstum zu legen.

**Die Schweiz** unterstützte das Programm, wies dabei aber auf die erheblichen Risiken hin. Angesichts der schwachen Bilanz früherer IWF-Programme Pakistans betonte sie die Wichtigkeit einer regelmässigen und fundierten Überwachung der Reformen.

Siehe auch [die Medienmitteilung des IWF vom 3. Juli 2019](#) sowie [weitere Informationen zu Pakistan](#) im IWF.



## ARTIKEL-IV- KONSULTATIONEN

Die Überwachung des internationalen Währungs- und Finanzsystems sowie der Wirtschaftspolitik seiner 189 Mitgliedstaaten gehört zu den Kernaufgaben des IWF. Im Rahmen dieser Tätigkeit ermittelt der IWF die wesentlichen Risiken für die Stabilität und gibt Empfehlungen für wirtschaftliche Massnahmen ab.

Es folgt eine kurze Berichterstattung über einige der jüngsten Länderexamen:

### VEREINIGTE STAATEN

Im Rahmen seiner Länderprüfung 2019 begrüsst der IWF-Exekutivrat das weiterhin solide wirtschaftliche Wachstum der USA, die tiefe Arbeitslosigkeit und steigenden Reallöhne bei gedämpfter Inflation. Gleichzeitig betonte er den nicht nachhaltigen Anstieg der Staatsverschuldung, die Handelsspannungen und mittelfristig steigenden Risiken für die Finanzstabilität.

*Die Schweiz* begrüsst das solide wirtschaftliche Wachstum in der USA, unterstrich aber gleichzeitig die erhöhten Risiken im Finanz- und Fiskalsektor der amerikanischen Wirtschaft, sowie in Zusammenhang mit den Handelsspannungen mit den Haupt-handelspartnern der USA.

Siehe auch [die Medienmitteilung des IWF vom 24. Juni 2019](#) sowie [weitere Informationen zur USA](#) im IWF.

### DEUTSCHLAND

Im Rahmen des Länderexamins 2019 begrüsst der Exekutivrat die solide Wirtschaftspolitik mit guter Haushaltslage und tiefer Arbeitslosigkeit. Er stellte jedoch eine nachlassende Dynamik der Wirtschaft insbesondere durch einen Rückgang der Auslandsnachfrage fest und hob die längerfristigen wirtschaftspolitischen Herausforderungen hervor: die ungünstige demografische Entwicklung, zunehmende Ungleichheit und ein geringes Produktivitätswachstum. Aus Sicht des IWF könnten die Ausnutzung des finanzpolitischen Spielraums und beschleunigte Strukturreformen ein inklusiveres Wachstum fördern. In Bezug auf den Finanzsektor stellte der IWF erhöhte Anfälligkeiten im Zusammenhang mit niedrigen Zinsen fest und begrüsst die Aktivierung des antizyklischen Puffers.

*Die Schweiz* betonte die robuste Wirtschaftsleistung Deutschlands, wies aber auf zunehmende externe und demografische Risiken hin. Aufgrund dieser Risiken sei es ratsam, den finanzpolitischen Spielraum zu wahren und gleichzeitig in Infrastruktur und Bildung zu investieren, um die Produktivität zu fördern und Ungleichheiten abzubauen.

Siehe auch die [Medienmitteilung vom 10. Juli 2019](#) sowie [weitere Informationen zu Deutschland](#) im IWF.

## G20-TEILNAHME DER SCHWEIZ 2020

### G20

Die Schweiz wurde von Saudi-Arabien für 2020 als Gastland zur



Teilnahme an den Arbeiten der G20 eingeladen.

Dies bedeutet, dass die Schweiz nicht nur zum fünften Mal in Folge am «Finance Track» der G20 teilnehmen wird, sondern erstmals auch am G20-Gipfel der Staats- und Regierungschefs sowie an Ministertreffen und Arbeitsgruppen des sogenannten «Sherpa Track».

Siehe auch die [Webseite der Saudischen G20-Präsidentschaft](#).

## WÄHRUNGSHILFEAKTIVITÄTEN DER SCHWEIZ

### BERICHT 2019

Folgende Aktivitäten der Schweiz auf der Grundlage des Währungshilfegesetzes und des Währungshilfebeschlusses fanden 2019 statt:

Die Schweiz beteiligt sich seit 2017 mit einer Kreditlinie über CHF 8,5 Mrd. an den von 40 Ländern bereitgestellten rund USD 440 Mrd. an zusätzlichen bilateralen IWF-Ressourcen. Die Kreditlinie wird von der Schweizerischen Nationalbank (SNB) bereitgestellt, wobei der Bund allfällige Kredite garantiert. Die bilateralen Kreditlinien stellen als dritte Finanzierungsquelle nach den ordentlichen Mitteln und den Neuen Kreditvereinbarungen sicher, dass der IWF auch bei schwerwiegenden systemischen Krisen über angemessene Mittel verfügt, um seinen Auftrag zur Stabilisierung des internationalen Währungs- und Finanzsystems zuverlässig und wirksam zu erfüllen. Die Kreditlinie der Schweiz wurde bisher nicht beansprucht und läuft, wie alle anderen bilateralen Kreditlinien Ende 2020 aus. Der IWF und die Hauptbeitragsländer planen dann eine teilweise Erneuerung der bilateralen Ressourcen. Der Bundesrat wird im Zuge dieser Diskussion die Gewährung einer neuen reduzierten Kreditlinie prüfen, über die er gemäss Währungshilfebeschluss in einem Umfang von bis zu CHF 10 Mrd. entscheiden kann.

Im Februar 2015 genehmigte der Bundesrat einen bilateralen Kredit der Schweiz zugunsten der Ukraine. Diese Währungshilfe über USD 200 Mio. wurde im Rahmen einer konzertierten, auf einem IWF-Programm basierten, multilateralen Initiative gesprochen. Mit der Ablösung des IWF-Kreditprogramms durch ein neues Abkommen Ende 2018 endete auch die Grundlage für die bilaterale Währungshilfe der Schweiz. Von den insgesamt USD 200 Mio. wurden im Februar 2017 USD 100 Mio. an die Ukraine ausgezahlt. Die Rückzahlung erfolgt bis spätestens 2022.

Mit dem Treuhandfonds für Armutsbekämpfung und Wachstum (PRGT) des IWF werden Kredite an einkommensschwache Mitgliedsländer zu Vorzugsbedingungen vergeben. Der Fonds wird durch bilaterale Beiträge der Mitgliedstaaten und durch IWF-eigene Mittel finanziert. Der Beitrag der Schweiz beläuft sich auf maximal CHF 1,4 Mrd., von denen bisher CHF 171 Mio. beansprucht wurden. Das Darlehen an den PRGT wird von der SNB geleistet. Der Bund garantiert der SNB die fristgerechte Rückzahlung.



Siehe auch die Informationen [zu den IWF-Ressourcen](#) und [zur Unterstützung einkommensschwacher IWF-Mitglieder](#) sowie die [Informationen zu den finanziellen Beziehungen zwischen der Schweiz und dem IWF](#) auf der SNB-Webseite.

## TERMINE

22. - 23. Februar 2020	Treffen der G20-Finanzminister und Notenbankgouverneure, Riad, Saudi-Arabien
18. - 22. März 2020	Jahrestagung der Interamerikanischen Entwicklungsbank, Barranquilla, Kolumbien
16. - 17. April 2020	Treffen der G20-Finanzminister und Notenbankgouverneure, Washington, USA
17. - 19. April 2020	Frühjahrstagung von IWF und Weltbank, Washington, USA
2. - 5. Mai 2020	Jahrestagung der Asiatischen Entwicklungsbank, Incheon, Republik Korea
13. - 14. Mai 2020	Jahrestagung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, London, Grossbritannien
25. - 29. Mai 2020	Jahrestagung der Afrikanischen Entwicklungsbank, Abidjan, Elfenbeinküste
2. - 3. Juli 2020	Jahrestagung der Asiatischen Investitions-Infrastrukturbank, Beijing, China
18. - 19. Juli 2020	Treffen der G20-Finanzminister und Notenbankgouverneure, Dschidda, Saudi-Arabien
16. - 18. Oktober 2020	Jahrestagung von IWF und Weltbank, Washington, USA
21. - 22. November 2020	Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der G20, Riad, Saudi-Arabien

## KONTAKT

Friederike Pohlenz, Sektion Internationale Finanzinstitutionen, Staatssekretariat für internationale Finanzfragen, Tel. 058 462 64 63, [friederike.pohlenz@sif.admin.ch](mailto:friederike.pohlenz@sif.admin.ch).

Diese Aktualitäten zum IWF erscheinen rund alle vier Monate in deutscher und französischer Sprache. Nach Erscheinen sind sie erhältlich unter [www.sif.admin.ch/sif/de/home/dokumentation/publikationen/aktuelle-informationen-schweiz---iwf.html](http://www.sif.admin.ch/sif/de/home/dokumentation/publikationen/aktuelle-informationen-schweiz---iwf.html).

